

**Niederschrift über die 33. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Planen
und Bauen des Rates
der Stadt Coesfeld am 22.01.2003, 16:00 Uhr,
Kleiner Sitzungssaal, ULF, Bernhard-von-Galen-Straße 10**

Anwesenheitsverzeichnis:

Vorsitzender	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
Frieling, Norbert	X		

Stimmberechtigte Mitglieder	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
Borgelt, Erwin	X		
Freckmann, Christian	X		
Gerdemann, Marita	X		
Klöpper, Hendrik	X		1, 2, 3 und 4 ö. S.
Leimkühler-Bauland, Hannelore	X		
Quiel, Michael	X		
Senger, Dietmar	X		
Sühling, Heinrich	X		
Grützner, Ursula	X		
Kleer, Detlef	X		
Schoneck, Jürgen	X		
Stallmeyer, Thomas	X		
Ahrendt-Prinz, Charlotte	X		

Von der Verwaltung	anwesend	abwesend	abwesend bei Punkt
1. Beigeordneter Backes	X		
Stadtangestellter Peschkes	X		
Stadtangestellter Dickmanns	X		

Frau Schwering als Schriftführerin.

Herr Frieling eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Die Sitzung endet um 17:40 Uhr.

A) Öffentliche Sitzung

1.	Bestellung des Schriftführers Vorlage 2/2003
2.	Bericht der Verwaltung Vorlage 3/2003
3.	Abschlussbericht 2002 zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste und Tätigkeitsbericht der Bauordnung Vorlage 4/2003
4.	Realisierungsstand der Maßnahmen des Jahres 2002 Vorlage 9/2003
5.	Städtebauliche Planungen für das Jahr 2003 - Vereinbarung der Prioritäten - Vorlage 1/2003
6.	Fußgänger-Lichtsignalanlagen an der Borkener Straße Vorlage 7/2003
7.	Budgetbericht - Jahresabschlussbericht - per 31.12.2002 Vorlage 8/2003

B) Nichtöffentliche Sitzung

1.	Bericht der Verwaltung Vorlage 5/2003
2.	Vergabestatistik für Aufträge über 5.000 € Vorlage 6/2003

Erledigung der Tagesordnung:

A) Öffentliche Sitzung

Punkt 1 der Tagesordnung

Vorl. 2/2003

UPB

Bestellung des Schriftführers

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen bestellt Frau Schwering als Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorl. 3/2003

UPB

Bericht der Verwaltung

Herr Dickmanns berichtet über den Sachstandsbericht zur kreisübergreifenden Ausschreibung der Abfallsammlung und –beförderung. Die Ausschreibung werde am kommenden Freitag europaweit veröffentlicht, die Submission sei für Ende März vorgesehen. Die Vergabe solle noch vor den schulischen Sommerferien erfolgen.

Abstimmungsergebnis zur Kenntnis genommen

Punkt 3 der Tagesordnung

Vorl. 4/2003

UPB

Abschlussbericht 2002 zum Stand der städtebaulichen Planungen im Rahmen der Prioritätenliste und Tätigkeitsbericht der Bauordnung

Der Ausschuss nimmt die Berichte zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis zur Kenntnis genommen

Punkt 4 der Tagesordnung
Vorl. 9/2003
UPB

**Realisierungsstand der Maßnahmen des Jahres
2002**

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Realisierungsstand der Maßnahmen für das 4. Quartal 2002 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Punkt 5 der Tagesordnung
Vorl. 1/2003
UPB

**Städtebauliche Planungen für das Jahr 2003
- Vereinbarung der Prioritäten -**

In der Diskussion sind Herr Kleer und Herr Stallmeyer der Auffassung, die Maßnahme II.1.7 "Änderung des Bebauungsplanes Nr. 40 'Niemergs Weide'" vorzuziehen, um die sehr attraktiven Grundstücke im Hinblick auf die schlechte Finanzlage der Stadt Coesfeld zügiger verkaufen zu können. Herr Backes teilt hierzu mit, dass eine forcierte Planung für den Bereich "Niemergs Weide" in Konkurrenz zur Vermarktung der Grundstücke im Bereich des Baugebietes "Nordwest" stehe. Nach Auffassung der Verwaltung habe der Bereich Nordwest Vorrang. Im übrigen sei eine bevorzugte Bearbeitung mit dem vorhandenen Personal nicht machbar. Im weiteren Verlauf der Diskussion stellt Herr Stallmeyer den Antrag, den Punkt II.1.7 in die erste Priorität zu verschieben und die Planung durch ein externes Büro als vorhabenbezogenen Bebauungsplan durchführen lassen. Hierzu ergänzt Herr Peschkes, dass die notwendige Flächennutzungsplanänderung nur durch die Stadt vorgenommen werden könne.

Weiterhin fragt Herr Kleer zu Punkt II.1.8 "Planungen für das Grundstück der Johannesschule in Lette" nach, ob nach dem Verkauf des Höltings Hofes überhaupt noch Bedarf für ein Altenheim in Lette bestehe. Herr Backes berichtet, dass der angebliche Verkauf auch die Verwaltung überrascht habe. Durch diese aktuelle Entwicklung müsse die Diskussion über die Nachfolgenutzung auf dem Schulgrundstück und auch die Standortfrage zur Errichtung eines Altenheimes möglichst in den nächsten zwei bis drei Monaten geführt werden.

Nach weiterer Diskussion fasst der Ausschuss auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt das Arbeitsprogramm des Jahres 2003 zur Kenntnis. Es wird folgende Änderung beschlossen:

Die Maßnahme II.1.7 wird unter Ziffer II.1.1 als erster Nachrücker vorgezogen.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Ergänzend zu den Ausführungen der Verwaltung zu den Ziffer I.1.9 "Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 105 'Rottkamp'" und I.1.10 "Änderung des Bebauungsplanes Nr. 59 'Rottkamp'" teilt Herr Peschkes mit, dass durch den Beschluss vom 16.05.2002 bereits klare Ziel-

vorgaben über die Aufgabe von Verkehrsflächen und den Ausschluss von Einzelhandelsnutzungen vorlägen, so dass die Bürgeranhörung und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange ohne eine weitere Beschlussfassung bereits durchgeführt werden könne. Dagegen erheben sich im Ausschuss keine Bedenken.

Punkt 6 der Tagesordnung
Vorl. 7/2003
UPB

Fußgänger-Lichtsignalanlagen an der Borkener Straße

Anhand eines Gesamtentwurfes zur Ausbauplanung der Borkener Straße berichtet Herr Peschkes, dass sich das Bild der Borkener Straße stark ändern werde. Im Detail zeigt er die Planung für den Bereich der jetzigen Fußgängersignalanlagen auf. Der Kreis als zuständiger Straßenbaulastträger habe gegen die Umgestaltung keine Bedenken, sehe aber auch keine Notwendigkeit. Auch stehe noch nicht fest, ob die Maßnahme von der Bezirksregierung gefördert werde. In der ausführlichen Diskussion ist Frau Leimkühler-Bauland der Auffassung, zunächst eine Bürgeranhörung durchzuführen. Herr Stallmeyer spricht sich dafür aus, die neuen Regelungen grundsätzlich anzunehmen. Allerdings sollte die Ampel an der Kreuzung Baakenesch aufgrund der vermehrten Nutzung durch behinderte Menschen unbedingt erhalten bleiben. Frau Ahrend-Prinz ist der Meinung, zunächst eine Bürgeranhörung durchzuführen und insbesondere auch zur Schulwegsicherung die Ampelanlagen zu erhalten. Nach weiterer Diskussion stellt Frau Leimkühler-Bauland für die CDU-Fraktion den Antrag, die Entscheidung über den Abbau der Fußgänger-Lichtsignalanlagen zu vertagen und die Verwaltung zu beauftragen, zunächst eine Bürgeranhörung durchzuführen. Weiterhin ist der Ausbauplan der Borkener Straße zu überprüfen, ob ein weiterer Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Loburger Straße angelegt werden kann. Weiterhin sollten die finanziellen Auswirkungen genau ermittelt werden.

Nach weiterer Diskussion lässt Herr Frieling über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

1. Die Entscheidung über den Abbau der Fußgänger-Lichtsignalanlagen wird vertagt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zunächst eine Bürgeranhörung durchzuführen.
3. Der Ausbauplan der Borkener Straße ist dahingehend zu überprüfen, ob ein weiterer Zebrastreifen im Kreuzungsbereich Loburger Straße angelegt werden kann.
4. Die tatsächlichen finanziellen Auswirkungen beim Abbau der Ampelanlagen sind zu ermitteln.

Abstimmungsergebnis einstimmig

Punkt 7 der Tagesordnung
Vorl. 8/2003
UPB

Budgetbericht - Jahresabschlussbericht - per 31.12.2002

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Jahresabschlussberichte 2002 für die Budgets 07 Planung, Bauordnung und Verkehr sowie 08 Bauen und Umwelt zur Kenntnis. Die Berichte liegen als Anlage 1 bei.

Abstimmungsergebnis einstimmig beschlossen

Anfragen

Herr Kleer fragt nach, ob die Ampel Münsterstraße/Bernhard-von-Galen-Straße auch abgebaut werden soll.

Die Frage wird von Herrn Peschkes zum jetzigen Zeitpunkt verneint.

Herr Stallmeyer fragt nach, wie es zu der Fristsetzung in der Angelegenheit Kino gekommen sei.

Herr Backes teilt mit, dass bei einer weiteren Zeitverzögerung Alternativüberlegungen angestellt werden müssten.

Frau Ahrend-Prinz fragt nach dem Sachstand zum Antrag auf Anlegung eines Zughaltespunktes im Bereich des Schulzentrums.

Herr Peschkes berichtet, dass versucht wurde, im Rahmen der Gesamtüberlegungen Bahnhof/Schiennetz eine konkrete Aussage der Deutschen Bahn zu bekommen. Dies sei bisher nicht gelungen, da die bei der Bahn bislang zuständige Stelle abgebaut wurde.